



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE POLNISCHEN PARTEIEN UND DIE BEWEGUNG FÜR DIE AUTONOMIE SCHLESIENS (RAŚ)

### ■ ANALYSE

Das Verhältnis polnischer Parteien zur Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAŚ) 2  
Piotr Kocyba und Rafał Riedel, Chemnitz

### ■ DOKUMENTATION

Koalitionsvertrag in der Woiwodschaft Schlesien 2010 7

### ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen zum Woiwodschaftstag  
in der Woiwodschaft Schlesien 2010 und 2014 9

---

### ■ CHRONIK

3. – 16. März 2015 12

## Das Verhältnis polnischer Parteien zur Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAS)

Piotr Kocyba und Rafał Riedel, Chemnitz

### Zusammenfassung

Die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* (*Ruch Autonomii Śląska – RAS*) setzt sich seit ihrer Gründung kurz nach dem politischen Umbruch für die Wiedererlangung der Autonomie nach dem Vorbild der Zwischenkriegszeit sowie für den Schutz und die Förderung oberschlesischer Kultur und Sprache ein. Spätestens mit dem ersten Wahlerfolg von 2010 (8,49 Prozent der Stimmen in der Woiwodschaft Schlesien), dem ein Einzug in den schlesischen *Sejmik* folgte, wurde die *RAS* zu einer politischen Kraft, mit der die polnische Parteienlandschaft umzugehen hatte. Für die Dauer der Koalition mit der *Bürgerplattform* (*PO*) in den Jahren 2010 bis 2013 schien sich die Regierungspartei der Autonomiebewegung anzunähern bzw. zumindest ihre öffentlich geäußerte Kritik einzustellen. Seit dem Austritt der *RAS* aus der Koalition kehrte die *PO* zu ihrer abweisenden Haltung zurück. Die Autonomiebewegung wird wieder von allen anderen Parteien gleichermaßen kritisiert, mit Separationsabsichten in Verbindung gebracht und ihr die Loyalität zum polnischen Staat abgesprochen.

Die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* (*Ruch Autonomii Śląska – RAS*) setzt sich seit ihrer Gründung kurz nach dem politischen Umbruch für die Wiedererlangung der Autonomie nach dem Vorbild der Zwischenkriegszeit sowie für den Schutz und die Förderung oberschlesischer Kultur und Sprache ein.<sup>1</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, bemüht sich die Bewegung auch, politische Mandate zu erlangen. Spätestens mit dem ersten Wahlerfolg von 2010 (8,49 Prozent der Stimmen in der Woiwodschaft Schlesien), dem der Einzug in den schlesischen Woiwodschaftstag (*Sejmik*) folgte, wurde die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* zu einer politischen Kraft, mit der die polnische Parteienlandschaft umzugehen hatte. Dies gilt umso mehr, als die *RAS* eine Koalition mit der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und der *Polnischen Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) einging. In der dabei erarbeiteten Koalitionsvereinbarung wird vor allem durch die Betonung der »lokalen Traditionen« die Handschrift der Autonomisten sichtbar. Auffällig ist, dass vom Schutz sprachlicher Vielfalt (das ist ein Bezug auf die 2010 aktuellen Bemühungen um die Anerkennung des Idioms der Oberschlesier als Regionalsprache), vom Vorhaben, ein Lehrbuch für einen oberschlesischen Regionalunterricht, vom Schutz des industriellen Kulturerbes, vor allem aber von der Absicht eines gemeinsamen Eintretens für eine weitere Dezentralisierung die Rede ist. So sehr solche Vereinbarungen im Vergleich zu anderen Regionen und früheren Absichtserklärung der Zusam-

menarbeit im schlesischen *Sejmik* als innovativ und einzigartig gelten können, so wenig wurden sie im alltäglichen politischen Betrieb wieder aufgegriffen. Anders verhält es sich bei einem zentralen Teil dieses Koalitionsvertrages. In der Aufzählung der notwendigen Investitionen, die als Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen Region identifiziert wurden, wurden an erster Stelle nicht etwa Infrastrukturmaßnahmen, sondern zwei Projekte genannt, die der *RAS* seit Jahren ein besonders Anliegen sind: Die Modernisierung des für ganz Polen bedeutenden Schlesischen Stadions sowie der Bau des Schlesischen Museums. Beide Unterfangen wurden während der Koalition vorangebracht und beide haben das immense Konfliktpotenzial zwischen oberschlesischen und polnischen Befindlichkeiten offengelegt. So waren es die symbolische Frage der Farbgebung der Sportstätte in Chorzów (die *RAS* plädiert gegen weiß-rot und stattdessen für oberschlesische, d. h. gelb-blaue Bestuhlung) sowie die Form der Ausstellung im Schlesischen Museum, die maßgeblich zum Ende der Koalition beitrugen – im letztgenannten Fall war zumindest der Bau des architektonisch beeindruckenden Objekts erfolgreich. Das Scheitern dieser Kooperation auf regionaler Ebene mag im Nachhinein nicht überraschen, zumal das Verhältnis zwischen Autonomisten und Parteipolitikern bis zum Beginn dieser Zusammenarbeit (2010) von Misstrauen, gegenseitigen Vorwürfen und Distanz geprägt war und sich auch mit dem Einzug in die regionale Selbstverwaltungskörperschaft nur bedingt veränderte. Für die Dauer der Koalition mit der *PO*, die nicht die gesamte Legislaturperiode, sondern nur bis 2013 hielt, schien sich diese zwar der Autonomiebewegung anzunähern bzw. stellte zumindest ihre öffentlich geäußerte Kritik ein, doch kehrte die *PO* seit dem

1 Im Polnischen wird die Bezeichnung »Schlesien« (*Śląsk*) gebraucht, damit aber nur Oberschlesien – und hier häufig auch nur der Kattowitzer Teil Oberschlesiens – gemeint. Im folgenden Text wird deshalb »Schlesien« nur dann verwendet, wenn es sich um eine direkte Übersetzung oder einen Eigennamen handelt.

Austritt der *RAS* aus der Koalition zu ihrer abweisenden Haltung zurück. Die Autonomiebewegung wird wieder von allen anderen Parteien gleichermaßen kritisiert, mit Separationsabsichten in Verbindung gebracht und ihr wird die Loyalität zum polnischen Staat abgesprochen.

Die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* kann als die bedeutendste und einflussreichste Organisation gelten, die sich für eine politische wie auch kulturelle Emanzipation Oberschlesiens und der Oberschlesier einsetzt. Gegründet 1990 in Rybnik, hat sie von Beginn an das polnische Verständnis von Oberschlesien herausgefordert. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert entwickeln Autonomisten Gegenentwürfe zu der offiziellen Interpretation der Geschichte und Gegenwart Oberschlesiens. In der Folge werden die über Jahrzehnte im öffentlichen, politischen wie auch wissenschaftlichen Diskurs etablierten Deutungsmuster (teilweise) radikal hinterfragt. Unabhängig davon, ob in konkreten Streitfragen die institutionalisierte (polnische) Interpretation oder die – häufig von Laien erarbeiteten – Alternativnarrative überzeugender sind, wird das Bild eines zweifelsfrei (ur-)polnischen Oberschlesiens, das sich im kommunistischen Polen zum »Masternarrativ« entwickeln konnte, durch die Autonomisten und ihnen nahe stehende Aktivisten in seinen Grundsätzen erschüttert. Wenn beispielsweise der Dritte Schlesische Aufstand (1921) nicht im Sinne einer polnisch-romantischen Aufstandsmetaphorik affirmativ als Ausdruck eines intrinsischen Wunsches, Teil des wiederentstandenen Polens zu werden, sondern als von außen initiiertes Bürgerkrieg und damit als Katastrophe interpretiert wird, treffen zwei scheinbar unversöhnliche Geschichtsauffassungen aufeinander.

Dabei war der Gegensatz zwischen ober-schlesischer Autonomiebestrebung und polnischer Abwehrhaltung bereits zum Zeitpunkt des Übergangs zwischen der Volksrepublik Polen und der Dritten Republik ein fester Bestandteil der politischen Kultur. Schließlich war es das kommunistische Polen, das die Autonomie Oberschlesiens der Zwischenkriegszeit formal-rechtlich beendete, die ethnische Vielfalt offen bekämpfte und dabei nicht nur deutsche, sondern auch autochthone Elemente ins Visier nahm. Zudem war die Volksrepublik Polen im Sinne eines Zentralismus streng hierarchisch organisiert. Insofern überrascht es nicht, dass der kommunistische stellvertretende Ministerpräsident in der Regierung von Tadeusz Mazowiecki, General Czesław Kiszczak, die Forderungen nach Wiederherstellung der Autonomie im Jahr 1990 wie folgt ironisch kommentierte: »Schlesisch kann eine Wurstsorte, nicht aber eine Autonomie sein.«<sup>2</sup> Eine solche Sichtweise auf die Forderungen aus Ober-

schlesien scheint unter Entscheidungsträgern – zumindest in Teilen – weiterhin aktuell zu sein, auch wenn das politische System der Republik Polen relativ erfolgreich den Weg der Systemtransformation beschritten hat. So wurde zwar versucht, Diversität als förder- und schützenswerten Grundsatz gesellschaftlichen Miteinanders zu etablieren, doch im Gegensatz etwa zur deutschen Minderheit, die in Polen weitgehende Rechte genießt, haben Oberschlesier trotz ihrer intensiven Bemühungen bislang keine Aufnahme in das Minderheitengesetz – weder als Nationalität, ethnische Minorität noch aufgrund des Schlesischen als Regionalsprache – erwirken können. Dasselbe gilt auch für die Forderung nach einem Umbau der Staatsordnung, die bereits im Namen der Autonomiebewegung verankert ist. Auch wenn Polen unter den neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU auf dem Feld der Dezentralisierung als Primus gelten kann, scheint das Misstrauen gegen eine wie auch immer ausgestaltete Autonomie Oberschlesiens eine Konstante zu sein, welche die politischen Entscheidungsträger über Parteigrenzen hinweg vereint. Inwieweit die Positionen unter den Parteien, aber auch zwischen Politikern der zentralen und der regionalen Ebene divergieren, wird im Folgenden detailliert herausgearbeitet.

### Verhüllte deutsche Option?

Die eindeutigste, markanteste und wohl einflussreichste Äußerung der letzten Jahre findet sich im 2011 veröffentlichten »Bericht über den Zustand der Republik« (*Raport o stanie Rzeczypospolitej*), einem Dokument der größten Oppositionspartei, *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – *PiS*). Oberschlesiern, die für eine ober-schlesische und nicht polnische nationale Identität eintreten, wird hier pauschal eine »verhüllte deutsche Option« unterstellt. Das Manifestieren einer ober-schlesischen Identität ist damit in der Wahrnehmung der *PiS* nicht nur mit einer Distanzierung von einem ausschließlich polnischen Nationalgefühl gleichzusetzen, sondern zudem mit der Annahme einer deutschen Identität, die verheimlicht wird und damit als gefährlich, weil »hinterlistig« einzustufen sei. Diese Einschätzung ist vor allem deshalb so bedeutend, weil sie den Rahmen der öffentlichen Debatte über die Oberschlesier nachhaltig bestimmen konnte. Als größte Oppositionspartei kann *PiS* nämlich eine Breitenwirkung entfalten, die ober-schlesischen Aktivisten bislang verwehrt geblieben ist.

Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass *PiS* ihr Dokument nach einer teilweise kritischen medialen Berichterstattung korrigierte. In der ursprünglichen Textfassung handelt es sich um ein Desavouieren ober-schlesischer Eigenart im Allgemeinen: »Es kann hinzugefügt werden, dass das Schlesiertum einfach eine Art des sich Distanzierens vom Polentum darstellt und

2 Matelski, Dariusz: Niemcy w Polsce w XX. wieku. Warszawa 1999. S. 279.

vermutlich schlicht mit der Annahme einer verhüllten deutschen Option gleichzusetzen ist.« Diese harsche Abwertung oberschlesischer Alterität findet sich nun in dem Bericht in einer abgeschwächten Variante wieder. In der überarbeiteten Version heißt es, dass von einer »verhüllten deutschen Option« dann die Rede sein kann, wenn Oberschlesier ihre polnische Nationalität negieren. Damit soll in dem Dokument offensichtlich nicht mehr alles Oberschlesische, sondern der Teil der Oberschlesier kritisiert werden, der sich weder der deutschen noch der polnischen Nation zugehörig fühlt und für die Anerkennung einer selbständigen oberschlesischen Nationalität eintritt. Trotz dieser Korrektur hielt die mediale Kritik an und so hat sich der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński dazu genötigt gefühlt, mehrfach klarzustellen, dass es sich vor allem um eine Kritik an der *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* im Allgemeinen und deren Vorsitzenden, Jerzy Gorzelik, im Besonderen und nicht an Oberschlesiern polnischer Nationalität handele. In einer Pressekonferenz am 2. April 2011 sagte Kaczyński dazu: »In unserem Bericht finden sich kritische Worte über die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens*, wobei diese kritischen Worte einem bestimmten Kontext eingeschrieben sind. Uns ging es um die Einstellung zur Kategorie der Nation [...], um die RAS, ihre Beteiligung an der Macht, um die Übertragung der Verantwortung für kulturelle Angelegenheiten in Schlesien an einen Herren [gemeint ist Jerzy Gorzelik], der offen sagt, dass er kein Pole ist, der sich nicht mit Polen identifiziert, für den Polen nicht das Wichtigste ist. [...] Diese Art des Schlesiertums, die Behauptung, dass eine schlesische Nation existiert, betrachten wir seinem Wesen nach natürlich als verhüllte deutsche Option.«

Für den hier angesprochenen Vorsitzenden der Autonomiebewegung, Jerzy Gorzelik, ist eine solche Darstellung in mehrfacher Weise beleidigend. Zunächst desavouiere Kaczyński solche Oberschlesier, die ausschließlich eine oberschlesische (und nicht eine polnisch-oberschlesische, oberschlesisch-deutsche oder nur deutsche) Identität deklarieren. Darüber hinaus beleidige PiS in ihrem Dokument – so Gorzelik weiter – Mitglieder der deutschen Minderheit. Immerhin versuchte hier die größte polnische Oppositionspartei, welche die *Bürgerplattform* als Regierungspartei beerben wollte, mit dem »heimtückischen«, weil sich als Oberschlesier »tarnenden« Deutschen Angst zu schüren. Deshalb hat sich in diesem Zusammenhang auch die deutsche Minderheit kritisch zu Wort gemeldet. So konstatierte einer ihrer führenden Köpfe, der im Kattowitzer Schlesien aktive Dietmar Brehmer: »Der Vorsitzende von PiS fällt ein sehr ungerichtetes Urteil über uns. Das haben wir nicht verdient. Als Minderheit haben wir immer öffentlich unsere Loya-

lität zum polnischen Staat erklärt und wir pflegen diese explizit.«<sup>3</sup> Damit zeigen die Reaktionen Gorzeliks und Brehmers, dass es im multiethnischen Oberschlesien für Verstimmungen sorgt, wenn mit »verhüllten Deutschen« gedroht bzw. denjenigen Oberschlesiern, die sich zu einer oberschlesischen (nicht-polnischen) Identität bekennen, eine manipulative Absicht unterstellt wird.

Jarosław Kaczyńskis Partei hat diesen medialen Wirbel und die Irritation eines Teils der oberschlesischen Bevölkerung wohl auch aus wahltaktischen Überlegungen in Kauf genommen. Dies legt der Zeitpunkt der Äußerung nahe, die zu Beginn des Wahlkampfs zum Sejm und Senat gefallen ist. Ein Interviewpartner (siehe Anmerkung am Textende) deutete jedoch an, dass es sich nicht ausschließlich um Wahlkampfstrategie gehandelt habe. Demnach soll die Überzeugung, dass die Versuche, eine oberschlesische Identität offiziell als Minderheit zu sanktionieren, ein »deutsches Manöver« darstellen, nicht nur der Weltanschauung Jarosław Kaczyńskis und des rechten politischen Spektrums, sondern eines beträchtlichen Teils der gesamten politischen Landschaft Polens entsprechen. Inwieweit eine solche Einschätzung als übertrieben oder zutreffend gelten darf, kann aus Reaktionen auf den mittlerweile als Schlagwort fungierenden Vergleich mit der »verhüllten deutschen Option« abgeleitet werden, die sowohl von Vertretern anderer Parteien als auch von oberschlesischen Regionalpolitikern bzw. Parlamentariern aus der Region stammen.

### Der Blick anderer Parteien auf die Forderungen aus Oberschlesien

Es mag zunächst überraschen, dass sich Parteifreunde Kaczyńskis, die in Oberschlesien selbst aktiv sind bzw. aus Oberschlesien in den Sejm gewählt wurden, von den Äußerungen des Vorsitzenden der PiS verhalten distanzieren. Beispielsweise kann auf die Sejm-Abgeordnete Ewa Malik verwiesen werden, die zwar nicht offen kritisch reagiert, jedoch unterstreicht, mit dem Bericht nicht in Verbindung gebracht werden zu wollen – nach den Loyalitätsstandards innerhalb der PiS kann dies als durchaus couragiert gelten: »Der Vorsitzende Kaczyński hat das Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, die ich nicht kommentieren werde. Ich habe bei der Erstellung des Berichts nicht mitgewirkt. Schlesier haben das Recht, ihre Kultur im Rahmen der Verfassung zu pflegen. Die Forderungen nach Autonomie gehen jedoch zu weit.« (zit. nach *Pustulka/Minorczyk-Cichy 01.04.2011*) Wer sich in Oberschlesien

3 Pustulka, Agata/Minorczyk-Cichy, Aldona: Wielka burza po słowach Jarosława Kaczyńskiego na temat Ślązaków. In: <http://slaskie.naszemiasto.pl/artykul/wielka-burza-po-slowach-jaroslaw-kaczynskiego-na-temat,845182,art,t,id,tm.html> (Abruf 11.02.2015).

dem Votum der Wähler stellen muss, selbst wenn er einer rechts-konservativen Partei entstammt, scheint weniger konfrontativ auf die Identitätsdilemmata der Oberschlesier zu reagieren. Die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* bleibt zwar weiterhin ein politischer Gegner, auf die komplexe Identitätsverteilung unter Oberschlesiern wird aber vorsichtiger eingegangen.

Anders ist das Verhältnis der Postkommunisten zur Autonomiebewegung. Auch wenn linke Politiker tendenziell für gesellschaftliche Toleranz und die Akzeptanz auch ethnischer Diversität einstehen, ist wohl der bereits erwähnte historische Kontext dafür verantwortlich zu machen, dass die *Demokratische Linksalianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej* – *SLD*) sich am schärfsten in der Debatte um das Schlagwort der ›verhüllten Option‹ zu Wort meldete – und zwar ganz in der Tradition des in der Volksrepublik angelegten Homogenisierungsdrucks kritisch der *RAS* gegenüber. Der *SLD*-Chef in der Woiwodschaft Schlesien, Zbyszek Zaborowski, hat nicht nur den Vorsitzenden von *PiS* für seine Aussage nicht kritisiert, sondern *PO* und *RAS* als Schuldige ausgemacht, die durch ihre (mittlerweile beendete) Zusammenarbeit auf regionaler Ebene die Verantwortung für die gesellschaftspolitische Polarisierung in Oberschlesien tragen sollen: »Diese Ansicht [Oberschlesier hätten eine ›verhüllte deutsche Identität‹] ist das Ergebnis der Anstachelung der Atmosphäre während der Volkszählung, die als eine Art neues Plebiszit die Oberschlesier den Polen gegenüberstellte. Ich habe davor gewarnt, wie gefährlich das ist. Aber es ist nicht Kaczyński, der diese Situation hervorgerufen hat, sondern die *PO* und *RAS*, die eingeladen worden waren, die Woiwodschaft gemeinsam zu regieren.« (zit. nach *Pustułka/Minorczyk-Cichy 01.04.2011*) Es wird also nicht das scharfe Urteil im Bericht der *PiS* oder ihres Vorsitzenden, sondern die Einbindung der *RAS* in die Regierungsverantwortung auf regionaler Ebene oder das Werben der *RAS* für die Anerkennung einer oberschlesischen Nationalität kritisiert. Eine solche Argumentation der *SLD* hängt sicherlich damit zusammen, dass die Autonomisten eine Alternative für die *PO* bei der Suche nach einer Mehrheit und damit eine direkte Konkurrenz zur *SLD* darstellen. Dies bestätigt etwa eine Aussage in einem Radiointerview, die der damalige Vorsitzende der *SLD*, Grzegorz Napieralski, kurz nach den Regionalwahlen von 2010 machte, als die oberschlesische *PO* Koalitionsverhandlungen mit den Autonomisten einleitete: »Die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* möchte natürlich eine Autonomie Schlesiens erreichen, was ich für eine sehr gefährliche Angelegenheit erachte, weil sie die territoriale Integrität des polnischen Staates bedroht.« Die Verknüpfung zwischen der damals noch potentiellen Kooperation der *PO* mit der *RAS* auf der Ebene der Woiwodschaft Schle-

sien mit der Gefahr einer Sezession stellt damit eine der schärfsten öffentlichen Reaktionen auf den zwischenzeitlichen Bedeutungsgewinn der Autonomisten dar.

Anders reagierte die *PO*. Der wohl prominenteste Politiker der *Bürgerplattform*, der hier das Wort ergriffen hat, ist der damalige Vorsitzende des Europaparlaments, Jerzy Buzek. In einem Radiointerview nahm er kritisch und direkt Bezug auf die Worte Jarosław Kaczyński: »Ich bin Schlesier und fühle mich als Schlesier. Nicht viele Menschen wissen, wie viel Oberschlesien für seine Rückkehr nach Polen nach dem Ersten Weltkrieg bezahlen musste. Erinnern Sie sich bitte auch an die ›*Solidarność*‹ – schließlich starben doch in dem Bergwerk *Wujek* Schlesier für ihr Polentum. Dort gab es die größten Opfer. Das ist eine Aussage, die alle Schlesier verletzt und sie haben Grund, sich beleidigt zu fühlen.« Dabei hat Jerzy Buzek in keinsten Weise auf die Autonomisten oder die Bemühungen um die Aufnahme in das Minderheitengesetz Bezug genommen und stattdessen – dem polnischen »Masternarrativ« entsprechend unter Verweis auf Aufstände – das Polentum der Oberschlesier exponiert. Demgegenüber hat der Vorsitzende der oberschlesischen *PO*, Tomasz Tymkiewicz, die mediale Auseinandersetzung nicht für einen Angriff auf *PiS*, sondern auch für eine Argumentation genutzt, die etwas vom sonst üblichen Überbetonen des Polentums der Oberschlesier abweicht: »Die Aussage von Herrn Kaczyński ist einfach niederträchtig und zeugt davon, dass er keine Ahnung von Schlesien hat. Einer solchen Rhetorik haben sich die Bolschewiken bedient und wegen ihr sind Tausende Schlesier nach Sibirien verschleppt worden. Der Vorsitzende der *PiS* beleidigt alle Schlesier.« (zit. nach *Pustułka/Minorczyk-Cichy 01.04.2011*) Dieses eindeutige Einstehen für die identitären Belange der Oberschlesier stellt eine offensichtliche Solidaritätsbekundung der oberschlesischen *PO* mit der *RAS* dar. Insbesondere der Bezug zur Verfolgung der einheimischen Bevölkerung Oberschlesiens in der unmittelbaren Nachkriegszeit, einem Thema, das im kommunistischen Polen weitgehend tabuisiert wurde und dem jüngst vor allem auf Initiative der Autonomisten öffentlich gedacht wird (beispielsweise mit der neuen Tradition des »Tages des Gedenkens an die oberschlesische Tragödie«), zeigt ein weitgehendes Verständnis für regionale Befindlichkeiten, die aus einer patriotisch-polnischen Perspektive wenig Akzeptanz finden können. Die *Bürgerplattform* ist dabei jedoch keineswegs konstant als ›Schutzpatronin‹ der *RAS* aufgetreten. Es ist ein mehrfacher Wandel in ihrer Einstellung zu den oberschlesischen Belangen zu beobachten. Die rechtskonservative *PiS* und die postkommunistische *SLD* dagegen sind ihrer ablehnenden Haltung auch auf der regionalen Ebene bislang treu geblieben.

Bei der *PO* hängt dieser Wandel stark mit der Zeit zusammen, in der gemeinsam mit der *RAS* im *Sejmik* der Woiwodschaft Schlesien eine Koalition bestand. Nur während dieser Zusammenarbeit, also in den Jahren 2010 bis 2013, haben Regionalpolitiker der *PO* ihre Kritik an den Autonomisten, die den verbalen Angriffen der anderen Parteien in nichts nachstand, eingestellt. So haben alle Interviewpartner die Einstellung der *PO* als opportunistisch bezeichnet. Dabei kann beobachtet werden, dass die Verbesserung des Umgangs mit der *RAS* auf der regionalen Ebene auch auf die zentrale Ebene zurückwirkt. So haben sich in diesem Zeitraum auch Vertreter der *PO* in Warschau mit kritischen Aussagen über die Autonomisten zurückgehalten. Exemplarisch sind hier Aussagen des damaligen Ministerpräsidenten. Donald Tusk reagierte auf die Worte Jarosław Kaczyńskis zur Zeit des Bestehens der Zusammenarbeit in der schlesischen Woiwodschaft nicht nur kritisch, sondern nahm die *RAS* in gewisser Weise in Schutz: »Der Vorsitzende der *PiS* ist durch seine Aussagen paradoxerweise zum ersten Autonomisten geworden, dem Anführer einer echten Bewegung zur Desintegration des Staates.« Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die *RAS* keine wirklich separatistische Bewegung ist, womit der Regierungschef die Autonomisten vor dem regelmäßig vorgebrachten Vorwurf in Schutz nimmt, sie würden die territoriale Integrität Polens bedrohen. Nach dem Austritt der *RAS* aus der Koalition verschärfte sich die Haltung der *PO* gegenüber den Autonomisten wieder. So reagierte Donald Tusk auf die Frage nach der Forderung nach Autonomie kurz nach dem Ende der Koalition seiner oberschlesischen Parteifreunde mit der *RAS* anders: »Die Diskussion über eine Autonomie polnischer Regionen ist eine Sackgasse. Sie führt nirgendwohin, sie löst keine realen Probleme, sie steigert allein die Emotionalität in der politischen Debatte.« Nach Einschätzung der Interviewpartner sei die Rückkehr hin zu einer kritischen Einstellung den Autonomisten gegenüber noch expliziter bei den lokalen und regionalen Vertretern der *PO* zu beobachten.

Aktivisten der *RAS* deuten dabei an, dass sie die programmatische Autonomistenfeindlichkeit der *PiS* dem sich wandelnden und teilweise unvorhersehbaren Verhältnis zur *PO* vorziehen. So ist die Haltung der rechtskonservativen *PiS* in der Überzeugung Gorzeliks Ausdruck einer »redlichen«, weil konstanten und inhaltlich motivierten Einstellung gegenüber dem Projekt der Autonomie. Jarosław Kaczyńskis Partei hält schlichtweg am unitarischen Staatsaufbau Polens fest und warnt vor einer – wie es ihr Vorsitzender selbst mit dem am deutschen Föderalismus angelehnten Neologismus pointiert zum Ausdruck bringt – »Landisierung (*landyzacja*) Polens«. Gleichzeitig äußert sich Gorzelik viel kriti-

scher zur Haltung der *PO*, die in seinen Augen »entweder genauso denkt wie die *PiS*, jedoch etwas anderes sagt, einfach vollkommen reflexionslos ist oder aus opportunistischen Gründen bzw. Gründen der medialen Wahrnehmung ihr Verhältnis zur *RAS* und der oberschlesischen Thematik verändert.« Der Bruch der Koalition scheint auf beiden Seiten und damit auch bei der *RAS* eine weiterhin wahrnehmbare Distanz zwischen den Autonomisten und der Regierungspartei zur Folge zu haben. Die *RAS* scheint nun wieder auf sich selbst gestellt für eine weitgehende Dezentralisierung Polens und die Anerkennung einer oberschlesischen Minderheit zu kämpfen. Dabei sehen Gorzelik und seine Mitstreiter das gesamte politische Spektrum gegen sich vereint.

### Ausblick

Wie sich gezeigt hat, ist die überwiegende Mehrheit der Parteien, sowohl auf der regionalen als auch auf der allgemeinstaatlichen Ebene, negativ gegenüber der Autonomiebewegung und ihren Forderungen eingestellt – vor allem gegen die der weitgehenden Dezentralisierung Polens und der Anerkennung einer oberschlesischen Minderheit. Diese Haltung ändert sich nur, wenn die *RAS* für eine Partei als Koalitionspartner in Frage kommt. Das politische Establishment Polens wird damit – in den Augen der Interviewpartner – nur dann seine Position aufgeben, wenn die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* an Bedeutung gewinnt. Hierfür müssten die Autonomisten in ihrer Eigenwahrnehmung mehr materielle (z. B. finanzielle Mittel für Wahlkämpfe) und immaterielle Ressourcen (symbolische Anerkennung oberschlesischer Eigenheiten) zur Verfügung gestellt bekommen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Szenarien. Zunächst könnte die Aufnahme der Oberschlesier in das Minderheitengesetz sowohl den Zufluss an finanziellen Mitteln als auch das Selbstvertrauen der autochthonen Einwohner Oberschlesiens stärken. In der Folge wäre eine ebenso erfolgreiche politische Selbstorganisation denkbar, wie es die deutsche Minderheit im Opperländer Schlesien vorgemacht hat. Ein anderer Weg, den die Autonomisten selbst nennen, stellt die Gründung einer polnischen Regionalpartei dar, welche Kaschuben, Oberschlesier und andere vereinen würde. Denkbar wäre dabei auch eine solche Veränderung der Wahlordnung, die die Chancen kleiner politischer Gruppierungen vergrößert und in der Konsequenz die Stellung der *RAS* stärkt. Unabdingbar erscheint auch eine größere mediale Präsenz, die den oberschlesischen Aktivisten oftmals nur über gezieltes Provozieren gelingen will. Solche teilweise als Tabubruch erreichten Aufmerksamkeitsfenster rufen wiederum die Verteidiger des Polentums Oberschlesiens und der (angeblich) durch Separatismus bedrohten territorialen Integrität Polens auf den Plan, was die Parteien

in ihrer distanzierten Haltung gegenüber den Autonomisten bestätigt. Dieser Teufelskreis entspricht wohl am

ehesten dem aktuellen Verhältnis zwischen der Autonomiebewegung und der polnischen Parteienlandschaft.

#### *Anmerkung*

Polnische Parteien äußern sich nur selten in ihren Dokumenten zur Autonomiebewegung und ihren Forderungen. Deshalb haben die Autoren für ihre Analyse mediale Äußerungen von Politikern herangezogen sowie mehrere Leitfadenterviews durchgeführt. Gesprächspartner waren sowohl Experten (Politologen und Journalisten) als auch Vertreter der politischen Landschaft Oberschlesiens, darunter auch der Vorsitzende der *Bewegung für die Autonomie Schlesiens*, Jerzy Gorzelik.

#### *Über die Autoren*

Dr. Piotr Kocyba, Slavist, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz. Neben der Erinnerungspolitik in Ostmitteleuropa und dem deutsch-polnischen Migrationssystem beschäftigt er sich vor allem mit Fragen von Sprachminderheiten. In seiner Dissertation untersuchte er die Debatten über das Idiom der Oberschlesier, für das u. a. die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAS)* den Status einer Minderheitensprache einfordert.

Dr. habil. Rafał Riedel, Politologe, bekleidet die DAAD Gastdozentur für EU Governance-Studien an der TU Chemnitz. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Europäische Union, insbesondere die gemeinsame Klimapolitik, der gemeinsame Markt und der EUROskeptizismus. In seiner Habilitation entwickelte er methodische Instrumente zur Bewertung von EU-Ratspräsidentschaften.

## DOKUMENTATION

### **Vereinbarung über eine Koalition im Woiwodschaftstag der Woiwodschaft Schlesiens zwischen der *Bürgerplattform*, der *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* und der *Polnischen Bauernpartei***

Kattowitz, 1. Dezember 2010

Die beteiligten Seiten der Vereinbarung erklären übereinstimmend die Zusammenarbeit in der Regierungszeit 2010 bis 2014 des Woiwodschaftstags [*Sejmik*] der Woiwodschaft Schlesiens. Die Zusammenarbeit umfasst Maßnahmen, die mit dem Ziel der Modernisierung bei gleichzeitiger Achtung der lokalen Traditionen zu einer ausgeglichenen Entwicklung der Woiwodschaft Schlesiens führen.

Als prioritär wird der effektive Einsatz der Hilfsmittel der Europäischen Union aus der Programmphase 2007 bis 2013 bestimmt sowie die Vorbereitung der effektiven Nutzung der Mittel der kommenden Programmphase.

Damit sich die Woiwodschaft zu einer modernen Region entwickeln kann, ist es unerlässlich, ihre Attraktivität sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch der Angebote in den Bereichen Kultur, Unterhaltung und Sport zu stärken. Hier erweist es sich als unabdinglich, folgende Investitionsprozesse abzuschließen bzw. zu beginnen:

- die Modernisierung des Schlesischen Stadions,
- den Bau des Schlesischen Museums,
- die umfangreiche Modernisierung des Straßennetzes der Woiwodschaftsstraßen mit besonderer Berücksichtigung des nördlichen und des südlichen Teils der Woiwodschaft,
- den Ausbau des Flughafens in Pyrzowice und lokaler Flughäfen,
- die Modernisierung und Stärkung der Attraktivität des Woiwodschafts-Kultur- und Freizeitparks für die Besucher [...],
- die Einleitung eines umfassenden Programms zur Unterstützung von Modernisierungsprozessen in den wichtigsten Kulturinstitutionen der Woiwodschaft im Rahmen eines langfristigen Investitionsplans, der EU-Mittel berücksichtigt.

Eine besondere Aufgabe der Woiwodschaftsselbstverwaltung ist die Unterstützung der ihr unterstehenden Krankenhäuser und anderer Einrichtungen des Gesundheitswesens. Diese Unterstützung sollte auf einer konsequenten, der vergangenen Regierungszeit des *Sejmik* entsprechenden Modernisierung der Geräte- und Materialbasis der Einrichtungen beruhen. Die Koalitionspartner erkennen die Notwendigkeit an, die Einheiten des Gesundheitswesens der Woiwodschaft umzustrukturieren, da dies langfristig der einzige Weg ist, deren Effektivität für das Wohl und die Sicherheit der Patienten und Einwohner der Region zu steigern. Die Umstrukturierungen sollten allerdings von der Akzeptanz und der Beteiligung der Angestellten der Einrichtungen getragen werden.

Die Behörden der Woiwodschaft werden auch die Entwicklung des regionalen Schienentransports aufmerksam beobachten und beeinflussen, denn die aktuelle Struktur der *PKP Regionaltransport (PKP Przewozy Regionalne)* ist der Entwicklung dieses Bereichs im Transportwesen nicht förderlich. Daher sollen Maßnahmen unternommen werden, die diesen ungünstigen Umstand ausgleichen.

Die an der Koalitionsvereinbarung beteiligten Seiten schätzen die historische und kulturelle Vielfalt der Woiwodschaft und werden Aktivitäten unternehmen, die die Achtung der Tradition und der Identität besonderer Bereiche fördern. Dies wird sich u. a. in der Erarbeitung eines Lehrbuchs für den Regionalunterricht, in der verstärkten Aufmerksamkeit hinsichtlich eines angemessenen und gleichzeitig modernen Begehens historischer Jahrestage, die für die Identität bestimmter Subregionen entscheidend sind, in der Unterstützung künstlerischer und kultureller Ereignisse und auch im Schutz der sprachlichen Vielfalt widerspiegeln. Notwendig ist auch die Fortsetzung des Woiwodschaftsprogramms für Denkmalschutz und die Förderung des kulturellen Erbes unter besonderer Berücksichtigung der Industriekultur. Besonders wichtig ist des Weiteren die Sorge um die Pflege einer entsprechenden Symbolik im Rahmen dieser Aktivitäten, auch in Hinblick auf Investitionen – beispielsweise erwägen die Koalitionspartner gemeinsam noch einmal die Frage der Farbgebung der Tribünen des Schlesischen Stadions.

Die an der Koalitionsvereinbarung beteiligten Seiten sind sich dessen bewusst, dass die Entwicklung der gesamten Woiwodschaft vom Tempo der Entwicklung in ihren stärksten Zentren abhängig ist, wobei die zivilisatorischen Unterschiede zwischen den ländlichen und den städtischen Gebieten sowie besonderen Subregionen nicht verstärkt werden sollen. Die Koalitionspartner werden einträchtig eine ausgeglichene Entwicklung der gesamten Woiwodschaft Schlesiens anstreben, was bedeutet, besonderen Nachdruck auf die Unterstützung der ländlichen sowie der nördlichen und südlichen Gebiete der Woiwodschaft zu legen. Dies sollte sich vor allem in der Schaffung regionaler operativer Programme in der kommenden Programmphase der Europäischen Union sowie aktuell in den Korrekturen des langfristigen Investitionsplans spiegeln.

Die Koalitionsparteien sprechen sich einvernehmlich für eine größere Dezentralisierung des Staates und die Stärkung der Position der regionalen und lokalen Gemeinschaften aus. Sie verpflichten sich, einen gemeinsamen Standpunkt dazu auszuarbeiten und diesen der öffentlichen Meinung zu präsentieren.

Die an der Koalitionsvereinbarung beteiligten Seiten teilen die Überzeugung von der Notwendigkeit der möglichst breiten Einbindung der Einwohner der Woiwodschaft in den Modernisierungsprozess. Sie verpflichten sich, zivilgesellschaftliches Engagement durch große Leuchtturmprojekte zu wecken wie die »Industriada« oder Bemühungen um die Organisation des Fußballspiels der Europameisterschaft im Schlesischen Stadion.

Die an der Koalitionsvereinbarung beteiligten Seiten erklären, dass der Garant für deren effektive Umsetzung und für gute Zusammenarbeit und Informationsaustausch die Präsenz der Vertreter aller beteiligten Seiten im Präsidium der Woiwodschaft Schlesiens ist. Unter Berücksichtigung der Entscheidung der Wähler vom 21. November und damit einhergehend der Zahl der Angehörigen des *Sejmik*, wird beschlossen, dass das Amt des Woiwodschaftsmarschalls sowie seiner Stellvertreter der *Bürgerplattform* zukommt, während die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens* sowie die *Polnische Bauernpartei* ihre Vertreter als Mitglieder des Vorstands stellen. Darüber hinaus unterstützen die beteiligten Seiten übereinstimmend die Wahl des Präsidenten des *Sejmik* und des Ersten Vizevorsitzenden, der von der *Bürgerplattform* gestellt wird.

Diese Vereinbarung umfasst die gesamte Amtszeit des *Sejmik* 2010–2014 und kann von jeder Seite schriftlich aufgekündigt werden. Der Rücktritt eines der Koalitionspartner bedeutet für die beiden anderen Partner nicht die Auflösung.  
Für die *Bürgerplattform*: Adam Matusiewicz  
Für die *Bewegung für die Autonomie Schlesiens*: Jerzy Gorzelik  
Für die *Polnische Bauernpartei*: Marian Ormaniec

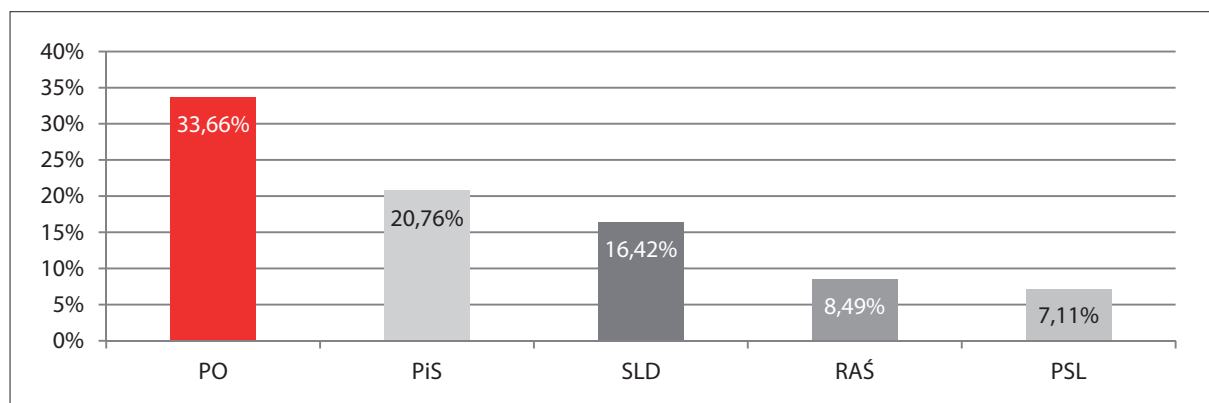
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <<http://www.pawelniewiadomski.eu/blog/tresc-umowy-koalicyjnej-po-ras-psl/#.VQazVFJ0zGi>> (Abruf 16.03.2015)



## Die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen in der Woiwodschaft Schlesien 2010 und 2014

**Grafik 1: Selbstverwaltungswahlen 2010, Woiwodschaftstag der Woiwodschaft Schlesien: Stimmenanteile**

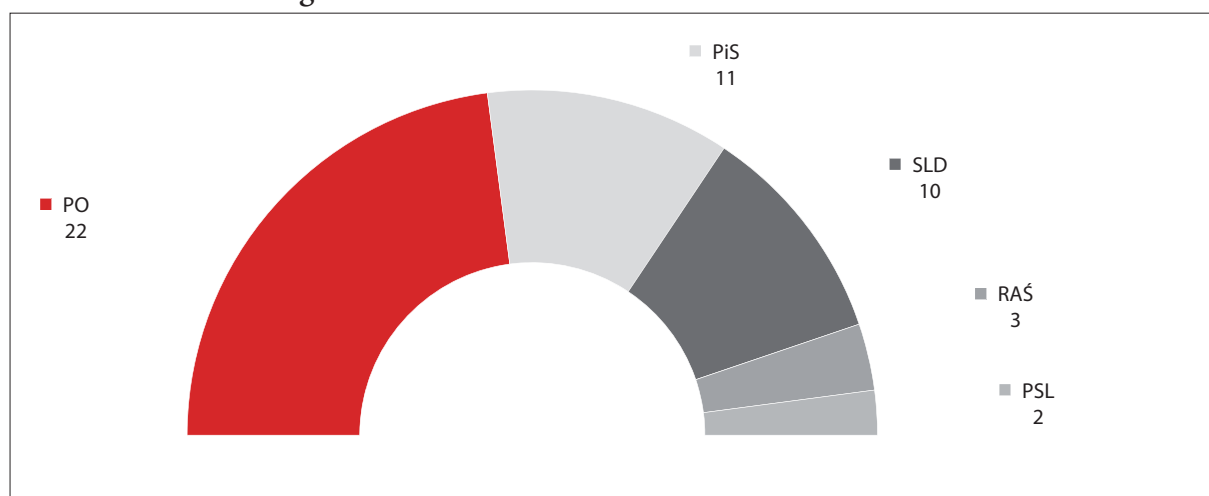


Anzahl der Stimmen:

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform:	486.638
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit	300.147
SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz	237.478
RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens	122.781
PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei	102.745

Quelle: <<http://wybory2010.pkw.gov.pl/geo/pl/240000/240000.html#tabs-6>> (Abruf 12.03.2015)

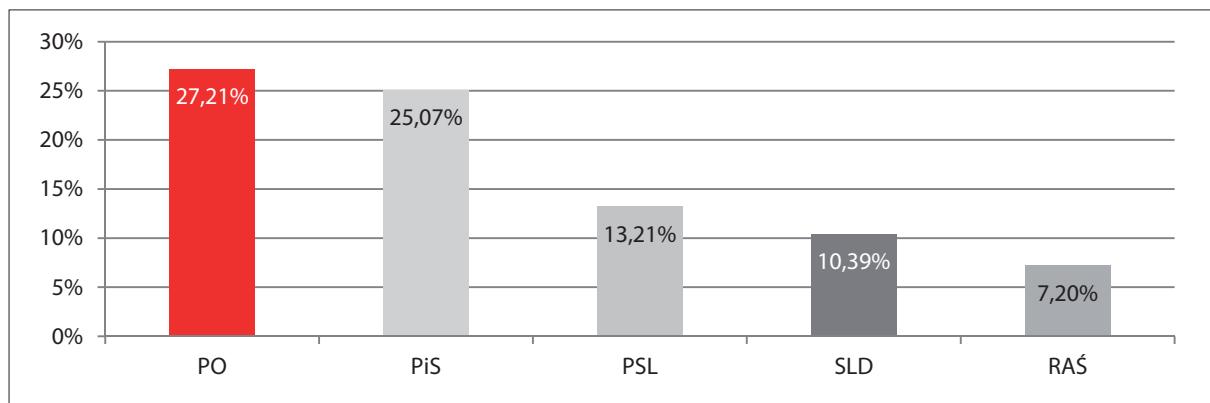
**Grafik 2: Selbstverwaltungswahlen 2010, Woiwodschaftstag der Woiwodschaft Schlesien: Sitzverteilung**



PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei.

Quelle: <<http://wybory2010.pkw.gov.pl/geo/pl/240000/240000.html#tabs-6>> (Abruf 12.03.2015)

**Grafik 3: Selbstverwaltungswahlen 2014, Woiwodschaftstag der Woiwodschaft Schlesien: Stimmenanteile**



Anzahl der Stimmen:

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform: 367.116

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit 338.237

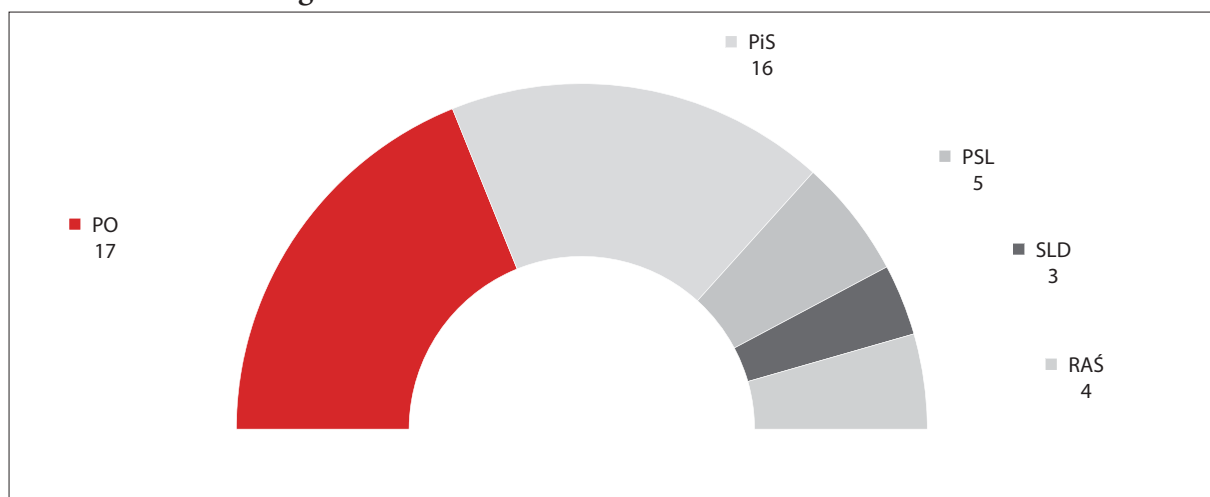
PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei 178.210

SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz 140.189

RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens 97.131

Quelle: <<http://wybory2014.pkw.gov.pl/pl/wyniki/wojewodztwo/view/24>> sowie <<http://www.portalsamorzadowy.pl/polityka-i-spoleczenstwo/pkw-oficjalne-wyniki-wyborow-samorzadowych-2014-do-sejmikow-wojewodzkich,65222.html>> (Abruf 12.03.2015)

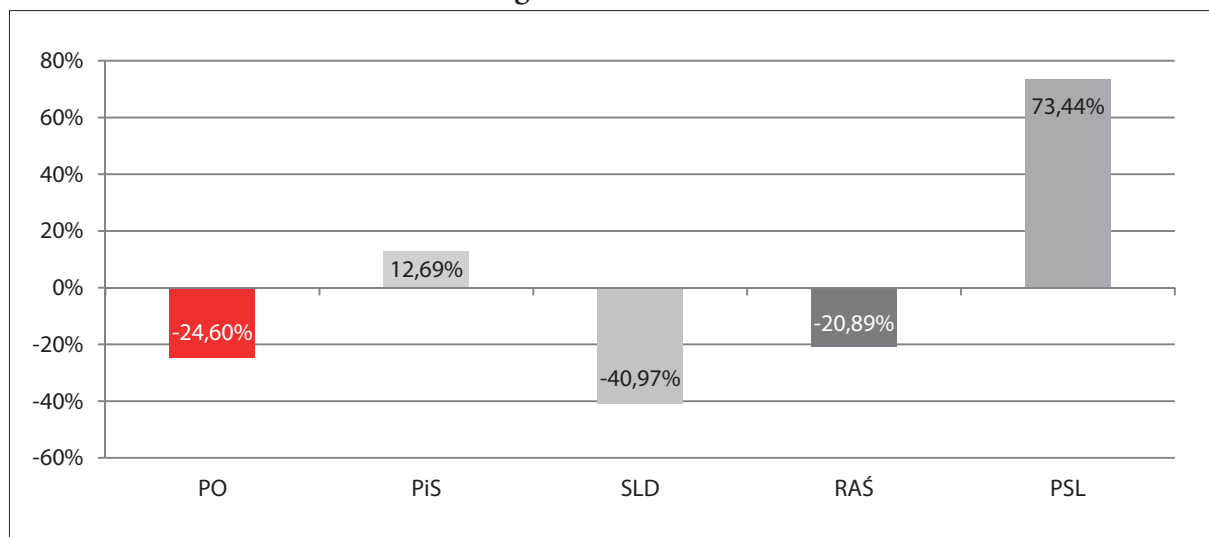
**Grafik 4: Selbstverwaltungswahlen 2014, Woiwodschaftstag der Woiwodschaft Schlesien: Sitzverteilung**



PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens.

Quelle: <<http://wybory2014.pkw.gov.pl/pl/wyniki/wojewodztwo/view/24>> sowie <<http://www.portalsamorzadowy.pl/polityka-i-spoleczenstwo/pkw-oficjalne-wyniki-wyborow-samorzadowych-2014-do-sejmikow-wojewodzkich,65222.html>> (Abruf 12.03.2015)

**Grafik 5: Selbstverwaltungswahlen des Woiwodschaftstags der Woiwodschaft Schlesien 2014: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2010, Stimmenanteil**

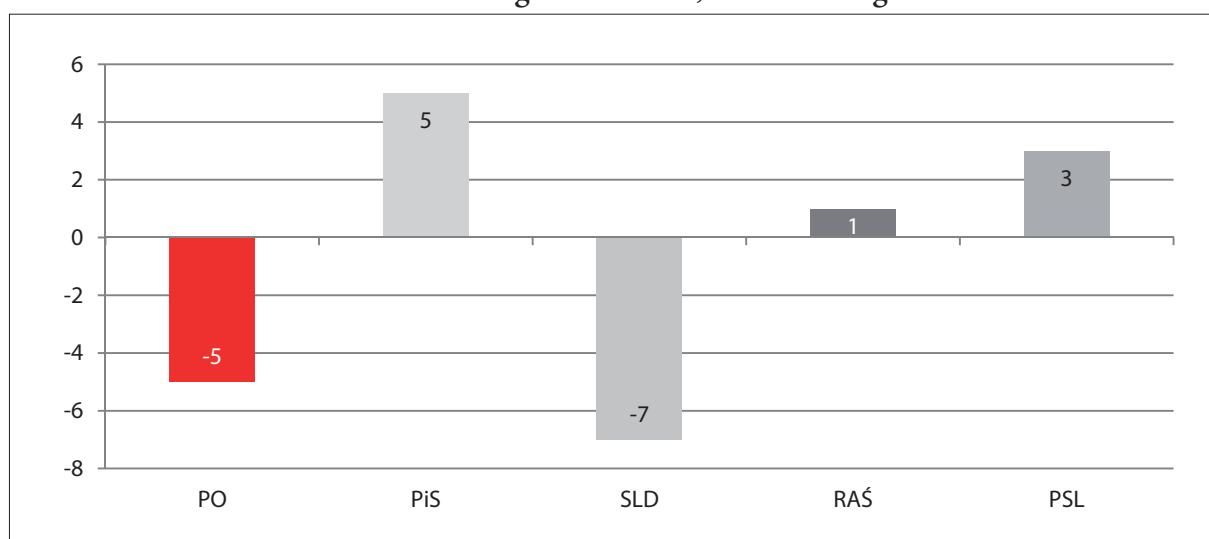


Anzahl der Stimmen:

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform:	- 119.522
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit	+ 38.090
SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz	- 97.289
RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens	- 25.650
PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei	+ 75.465

Quelle: Eigene Berechnung des Autors Piotr Kocyba.

**Grafik 6: Selbstverwaltungswahlen des Woiwodschaftstags der Woiwodschaft Schlesien 2014: Gewinne und Verluste im Vergleich zu 2010, Sitzverteilung**



PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; RAŚ/Ruch Autonomii Śląska – Bewegung für die Autonomie Schlesiens; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei.

Quelle: Eigene Berechnung des Autors Piotr Kocyba.

### 3. – 16. März 2015

03.03.2015	Präsidentenberater Jan Lityński und der stellvertretende Außenminister Konrad Pawlik nehmen in Moskau an der Trauerfeier für den ermordeten russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow teil. Am Vortag war Senatsmarschall Bogdan Borusewicz, eine der führenden Figuren der Oppositionsbewegung in der Volksrepublik Polen, von den russischen Behörden die Einreise zu den Feierlichkeiten verweigert worden.
05.03.2015	In Berlin beraten die Außenminister Deutschlands und Polens, Frank-Walter Steinmeier und Grzegorz Schetyna, über den Reformprozess in der Ukraine und die Unterstützung der Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine.
05.03.2015	Janusz Palikot, Vorsitzender von Deine Bewegung (Twój Ruch), teilt mit, dass sich die Fraktion von Twój Ruch aufgelöst habe, da zwölf Mitglieder einschließlich ihm selbst ausgetreten seien und die Mindestzahl von 15 Personen nicht mehr gegeben sei. Palikot kündigt die Fortsetzung der politischen Tätigkeit im Format des elfköpfigen parlamentarischen Abgeordnetenkreises (»koło poselskie«) unter dem Namen Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) an.
06.03.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz empfängt Alexander Turtschinow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine. An dem Treffen nimmt auch Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak teil. Thematisiert werden die Ukraine-Politik der EU sowie die polnische Unterstützung der Ukraine, u. a. im militärischen Bereich. Kopacz bekräftigt die Bereitschaft Polens, der Ukraine einen Kredit in Höhe von 100 Mio. Euro zu erteilen, was sie bereits bei ihrem Besuch im Januar in Kiew bekannt gegeben hatte.
07.03.2015	In Riga nimmt Außenminister Grzegorz Schetyna an einem informellen EU-Außenministertreffen teil, auf dem über die Lage in Libyen, die Politik der EU gegenüber der Ukraine und Russland und die Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik beraten wird.
08.03.2015	Am Internationalen Frauentag demonstrieren in Warschau zirka 2.000 Personen für Frauenrechte.
09.03.2015	Der Regierungsbeauftragte für den Bergbau, Vizeschatzminister Wojciech Kowalczyk, teilt mit, dass die Arbeiten an einer neuen Handlungsstrategie für den Bergbausektor begonnen hätten und drei Arbeitsgruppen zu den Themen Energiesicherheit, Organisationsstruktur und branchenspezifische Probleme gebildet worden seien. Den Gruppen gehören Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und Experten an. Die gegenwärtige Strategie für den polnischen Bergbau umfasst die Jahre 2007 bis 2015; in zwei Monaten sollen erste Ergebnisse für die nächste Periode vorgestellt werden.
10.03.2015	Nach Einschätzung von Außenminister Grzegorz Schetyna bietet die NATO mehr Schutz für die Sicherheit in Europa als eine mögliche Armee der Europäischen Union. Hintergrund ist der Vorschlag von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, eine gemeinsame Armee der EU-Staaten aufzubauen.
11.03.2015	Sejmarschall Radosław Sikorski zeigt sich besorgt über die Bekanntmachung Russlands vom Vortag, aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa vollständig auszusteigen.
12.03.2015	Der französische Ministerpräsident Manuel Valls trifft sich in Warschau mit Staatspräsident Bronisław Komorowski, Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und Wirtschaftsminister Janusz Piechociński. Thematisiert werden die Lage in der Ukraine und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Frankreich.
12.03.2015	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution, in der Russland aufgefordert wird, Polen das Flugzeugwrack des Absturzes von Smolensk im Jahr 2010 sowie die Flugschreiber zurückzugeben.
13.03.2015	Ministerpräsidentin Ewa Kopacz empfängt in Warschau den Staatspräsidenten Rumäniens, Klaus Johannis. Neben der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sowie im Rahmen der EU und der NATO wird der Vorschlag der EU-Energieunion thematisiert. Des Weiteren werden der russisch-ukrainische Konflikt und die Situation in der Republik Moldau im Kontext der EU-Ostpolitik angesprochen.
14.03.2015	Janusz Korwin-Mikke beginnt seinen Wahlkampf um das Amt des Staatspräsidenten. In seiner Rede in Kamyk (Woiwodschaft Schlesien) spricht er sich dafür aus, dass Polen eine von der Europäischen Union unabhängige Politik betreibe. Viktor Orban, Ministerpräsident von Ungarn, sei dafür ein Beispiel, und die EU lasse ihn gewähren.
15.03.2015	Andrzej Duda, Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), spricht sich bei einer Wahlkampfveranstaltung in Neiße (Nysa, Woiwodschaft Oppeln) für den Ausbau der polnischen Armee und die Stationierung von NATO-Truppen in Polen aus. Eines der Hauptaufgabenfelder des Staatspräsidenten sei die Sicherheit des Landes.
16.03.2015	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński beginnt in Begleitung einer Delegation polnischer Unternehmer seine dreitägige Reise nach Turkmenistan. Geplant sind Treffen mit Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 64.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)